



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 9. Juni 2016
(OR. en)

9675/16

SOC 366
EMPL 253
ECOFIN 525
EDUC 219

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Europäisches Semester 2016: Beitrag für die Tagung des Europäischen Rates (28./29. Juni 2016 in Brüssel) – Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten beiliegend einen Vermerk des Vorsitzes, in dem der Rahmen für die Orientierungsaussprache abgesteckt und mittels einer Reihe von Fragen eine Ausrichtung für die Beratungen der Minister auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz – EPSCO) am 16. Juni 2016 vorgegeben wird.

Europäisches Semester 2016

Orientierungsaussprache - *Orientierungsvermerk des Vorsitzes*

TAGUNG DES RATES (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ) am 16. Juni 2016

Mehrere Jahre, nachdem die meisten Mitgliedstaaten der EU von der weltweiten Wirtschaftskrise betroffen waren, bleiben die Wirtschaftsaussichten in der Union verhalten. Das Gesamtwachstum wird nach wie vor relativ gering ausfallen, wobei für das Jahr 2016 ein Anstieg des BIP der Union um 1,8 % erwartet wird und dieser Anstieg sich 2017 geringfügig auf 1,9 % erhöhen dürfte (im Vergleich dazu wird für das Euro-Währungsgebiet von einem Anstieg des BIP um schätzungsweise 1,6 % im Jahr 2016 und 1,8 % im Jahr 2017 ausgegangen). Das Wachstum in der Union ist noch immer sehr unterschiedlich, und die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben unbeständig.

Wird das Augenmerk stärker auf die beschäftigungspolitischen und sozialen Aspekte gerichtet, so stellt sich gegenwärtig die kritische Frage, ob die negativen Auswirkungen der Krise auf das Beschäftigungsniveau und die negativen sozialen Folgen der Krise mit dem derzeit bescheidenen Wachstumsverlauf ausgeglichen werden können, und falls nicht, welche Anpassungen der politischen Maßnahmen vorgenommen werden sollten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich verbessert, und es wird eine weitere Verbesserung erwartet. 2015 lag der Beschäftigungszuwachs sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch in der EU insgesamt bei etwa 1,1 %; dies war die höchste Zuwachsrate seit Beginn der Krise. Es wird erwartet, dass die Arbeitslosenquote 2016 im Euro-Währungsgebiet auf 10,3 % und 2017 weiter auf 9,9 % absinken wird, wohingegen für die EU insgesamt die Schätzungen für 2016 bei 8,9 % und für 2017 bei 8,5 % liegen.

Das Verfahren des Europäischen Semesters macht deutlich, dass die Reformen Früchte tragen. Es bestehen jedoch nach wie vor zahlreiche Probleme. Die Arbeitslosenquote sinkt zwar kontinuierlich, aber sehr langsam, und sie liegt noch immer über den Niveaus vor der Krise. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt rascher ab als die Arbeitslosigkeit insgesamt, bleibt jedoch nach wie vor hoch (21,6 % im Euro-Währungsgebiet und 19,4 % in der EU insgesamt) und ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Gefahr einer weiteren Verschlechterung der sozialen Bedingungen geht einher mit einer hohen Langzeitarbeitslosigkeit - etwa jeder zweite Beschäftigungslose ist bereits seit 12 Monaten oder länger ohne Beschäftigungsverhältnis. Etwa ein Viertel der Bevölkerung der EU gilt als armutsgefährdet oder von sozialer Ausgrenzung bedroht.

Beschäftigung und Soziales sollten deshalb weiterhin im Mittelpunkt der politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten stehen und tragende Elemente einer gestärkten Wirtschafts- und Währungsunion bleiben. Die Arbeitsmärkte sollten inklusiver werden, gleichzeitig sollte für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Sicherheit gesorgt werden. Die Systeme der sozialen Sicherheit, die einer Belastungsprobe ausgesetzt worden sind, müssen ihre Widerstandsfähigkeit verstärken. Die Einbeziehung der Sozialpartner in den Prozess der Konzeption und der Umsetzung der Reformen wird zu deren Erfolg beitragen.

In den letzten Jahren ist das Europäische Semester, das das Instrument der EU für die Koordinierung der wirtschaftspolitischen Steuerung ist, schrittweise weiterentwickelt und verbessert worden. Die Mitgliedstaaten haben anerkannt, welche positive Wirkung dieses Instrument entfalten kann, wenn es darum geht, Anreize für die Debatte über Veränderungen der nationalen politischen Maßnahmen zu geben und diese Debatte zu beleben, bewährte Verfahren auszutauschen und sich gegenseitig darin zu bestärken, mittels einer stärker integrierten Steuerung wirksamere politische Maßnahmen zu verwirklichen. In den Mitgliedstaaten sind Fortschritte bei der Bewältigung der in den länderspezifischen Empfehlungen aufgezeigten Probleme zu verzeichnen, wobei der Umfang der Umsetzung der Empfehlungen von Politikbereich zu Politikbereich unterschiedlich ist.

Auf der Grundlage der 2015 eingeführten Änderungen wird im Rahmen des Europäischen Semesters 2016 die auf drei Säulen basierende Reaktion auf die Krise wieder verstärkt in den Vordergrund gerückt: Wiederankurbelung der Investitionstätigkeit, Fortsetzung der Strukturreformen und Fortsetzung einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Ferner wird die Euroraum-Dimension verstärkt einbezogen, indem die Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet früher veröffentlicht und angenommen werden; außerdem wird die Straffung der länderspezifischen Empfehlungen fortgesetzt.

Auf den Gebieten Beschäftigung und Sozialschutz decken die länderspezifischen Empfehlungen für 2016 zahlreiche Bereiche ab: Beschäftigungsschutzbestimmungen und den Rechtsrahmen für Arbeitsverträge, die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Anreize für Beschäftigung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Erwerbsbeteiligung, Löhne und Lohnbildungsverfahren, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen und Langzeitpflege, Verringerung der Armut und soziale Inklusion, Bildung, berufliche Qualifikation und lebenslanges Lernen.

In diesem Jahr enthält beinahe jede zweite länderspezifische Empfehlung eine beschäftigungs- oder sozialpolitische Komponente; insgesamt wurden 114 konkrete Empfehlungen mit Bezug zu den Gebieten Beschäftigung und Soziales ausgesprochen. Im Vergleich zu 2015 wurde den Bereichen Qualifikation sowie allgemeine und berufliche Bildung und aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen größeres Gewicht beigemessen. Die Themen Pensionen, Verlängerung des Erwerbslebens und die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer standen weniger im Mittelpunkt, was die von den Mitgliedstaaten erzielten Fortschritte widerspiegelt. Auch der Beschäftigung junger Menschen wurde weniger Aufmerksamkeit gewidmet, was jedoch nicht im richtigen Verhältnis zur Jugendarbeitslosigkeit steht, die weiterhin hoch ist. Angesichts der infolge der Krise schlechteren Wirtschaftslage muss die Armutsbekämpfung einer der Hauptschwerpunkte bleiben, und dies sowohl im Rahmen des Verfahrens des Europäischen Semesters als auch außerhalb dieses Rahmens.

Zum Verfahren des Europäischen Semesters selbst ist festzuhalten, dass im zweiten Jahr der Anwendung des gestrafften Verfahrens die Steuerung und das Zusammenspiel in den Ausschüssen und zwischen den unterschiedlichen Akteuren weiter verbessert wurde. Die Entwürfe der länderspezifischen Empfehlungen sind weniger lang und zielgerichteter; die Empfehlungen sind das Ergebnis von das ganze Jahr hindurch geführten ausführlichen Konsultationen. Die Kommission hat in ihren Entwürfen der länderspezifischen Empfehlungen die Ergebnisse der multilateralen Überwachung und der damit zusammenhängenden Instrumente des Ausschusses für Sozialschutz und des Beschäftigungsausschusses stärker berücksichtigt, was zu einem stärkeren und besser ausgeprägten gemeinsamen Verständnis für die vor uns liegenden Herausforderungen beiträgt.

Insgesamt gesehen muss im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld abgewartet werden, ob die getroffenen Maßnahmen ausreichen werden, um die Europäische Union wieder auf einen nachhaltigen beschäftigungswirksamen Wachstumspfad zu bringen. Im Hinblick auf die beschäftigungs- und sozialpolitischen Fragen wurden die länderspezifischen Empfehlungen zwar insgesamt vermehrt umgesetzt, aber die erzielten Ergebnisse sind noch verbesserungswürdig. Werden die Empfehlungen nicht besser umgesetzt, so könnte dies dazu führen, dass große Teile der Gesellschaft den Anschluss verlieren und schließlich völlig ausgeschlossen werden. Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht wahrnehmen, dass die Zugehörigkeit zur Union gleichbedeutend mit besserer Lebensqualität, mehr Fairness und größerer Solidarität ist, könnte dies die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Union weiter schmälern.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Halten Sie die länderspezifischen Empfehlungen hinsichtlich der von ihnen abgedeckten Themen für gut abgewogen? Ist es angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Lage und der aktuellen Beschäftigungssituation gerechtfertigt, dass Qualifikationen und die allgemeine und die berufliche Bildung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen?
 2. Sind die Minister in Anbetracht der anderen Initiativen, wie zum Beispiel der Empfehlung zur Langzeitarbeitslosigkeit, der Meinung, dass die Reaktion auf die Armutsproblematik im Rahmen des Europäischen Semesters verbessert werden kann?
 3. Ungeachtet der wachsenden Bedeutung des Europäischen Semesters als Instrument der Koordinierung des Zyklus der wirtschaftspolitischen Steuerung fällt besonders ins Auge, dass die soziale Komponente des Europäischen Semesters nur verhältnismäßig wenig öffentliche Anerkennung findet. Wie kann die sozial- und beschäftigungspolitische Komponente des Europäischen Semesters der breiten Öffentlichkeit besser vermittelt werden?
-